



Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh)

Memorandum der dgh zur Armutsprävention

Die Selbstorganisation der Haushalte und Familien stärken!

Beraten vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) im Rahmen der Jahrestagung am 1. und 2. Oktober 2007 in Bonn unter dem Generalthema: „Armut und Armutsprävention in der Zivilgesellschaft – Perspektiven für Haushalte und Familien“.

Kurzfassung: Warum wir eine Stärkung der Selbstorganisation der Haushalte und Familien fordern!

Haushalte und Familien sind personale Handlungssysteme und die Basisinstitutionen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Die Anforderungen an die Alltags- und Lebensbewältigung steigen. Auch der Sozialstaat wandelt sich. Mehr Eigenverantwortung wird wieder vorausgesetzt. Die Armutsrisiken haben zugenommen. Die Gestaltung der Lebensverhältnisse ist schwieriger geworden. Ein zunehmender Teil der Gesellschaft ist von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Der gesellschaftliche Konsens gerät in Gefahr. Armutsprävention ist ein Gebot der Vernunft und der Moral. Hauswirtschaftliche Bildung für Eltern, Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist ein Schlüssel zur Armutsprävention und Wohlförderung. Auch Angebote der Beratung und der zugehenden Hilfe in prekären Lebenssituationen und Lebenslagen sowie der Kindertagesbetreuung sind unverzichtbare Bestandteile der sozialen Infrastruktur. Die dgh will auch in Zukunft einen sichtbaren Beitrag zur Armutsprävention leisten. Sie fordert aber zugleich von anderen Akteuren der Zivilgesellschaft und den Trägern der staatlichen Politik auf allen Ebenen, ebenfalls Maßnahmen der Armutsprävention zu ergreifen.

Haushalte und Familien sind die Basisinstitutionen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat

(1) Private Haushalte sind die grundlegenden Einheiten der Zivilgesellschaft, des staatlichen Aufbaus und der Marktwirtschaft. Ihre Mitglieder bieten Produktionsfaktoren an, fragen Konsumgüter nach und produzieren personenbezogene Bildungs-, Pflege- und

Versorgungsleistungen. Sie gründen Familien und sichern mit ihren Kindern die Kontinuität in der Generationenfolge und sie sind bei Hilfe und Unterstützung im Alter nach wie vor die zentralen Institutionen. Sie sind die primären Sozialisationsinstanzen für die nachwachsende Generation und Stätten der Alltagskultur. Sie treffen Entscheidungen über die Bildung von Human-, Geld- und Sachvermögen einschließlich der Gründung von Unternehmen. Sie sind Träger basaler politischer Prozesse und Strukturen einschließlich der Beteiligung an der Gründung, Nutzung und Förderung sozialer Netzwerke und Verbände und damit des sozialen Kapitals. Sie sind Akteure regionaler wirtschaftlicher, sozialer und kommunaler Entwicklung. Private Haushalte sind die Basis der Zivilgesellschaft.

Die Anforderungen an die Alltags- und Lebensbewältigung nehmen zu

(2) Wir erleben einen rasanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel. Die alten Industriegesellschaften entwickeln sich zu Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften. Herkömmliche Qualifikationen werden entwertet. Traditionelle Erwerbsarbeitsplätze gehen verloren. Auch Ausbildungsplätze sind vielfach knapp. Den Betroffenen fehlen oft alternative Handlungskonzepte oder die Voraussetzungen, sich Alternativen zu erschließen. Damit steigen die Risiken, in wirtschaftliche Armutslagen zu geraten. Bildungsarmut ist häufig mit ursächlich für wirtschaftliche Armut. Auch die sozialen Beziehungen werden vielfältiger, oft weniger verbindlich gestaltet und anfälliger gegen Störeinflüsse.

(3) Zugleich steigen die Anforderungen an ein persönlich erfolgreiches und gesellschaftlich verantwortliches Nachfrageverhalten am Markt und an die Gestaltung der häuslichen Produktions- und Konsumprozesse. Gefordert werden mehr Gesundheitsorientierung, Umweltbewusstsein und globale Verantwortung. Aber die zunehmende Optionalisierung und Virtualisierung von ökonomischen und sozialen Prozessen erschweren die Orientierung und die Entscheidungsfindung. Die Lebensgestaltung wird damit insgesamt schwieriger und stellt höhere Anforderungen an die Selbstorganisation.

Der Sozialstaat wandelt sich: Mehr Eigenverantwortung wird vorausgesetzt

(4) Auch der Sozialstaat wandelt sich. Nach Darstellung der die Regierung tragenden Parteien ist es ein Wandel vom versorgenden, paternalistischen Wohlfahrtsstaat zum vorsorgenden, aktivierenden Sozialstaat, der zugleich fordert und fördert. Die Systeme der sozialen Sicherung und öffentlichen Versorgung, die in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts aufgebaut worden sind, waren an den damals geltenden sozioökonomischen Koordinaten ausgerichtet: tendenziell an einer nachholenden, durch die Nachfrage induzierten und den Arbeitsmarkt räumenden Produktion, an einer wachsenden Bevölkerung mit erwarteter ausgeglichener Altersstruktur, an der Kernfamilie von Eltern mit ihren Kindern, an

traditioneller häuslicher Arbeitsteilung und am „Alleinernährermodell“, am Stand des medizinischen Fortschritts und am Stand der Bedürfnisse und Ansprüche an private und öffentliche Versorgung.

(5) Nun „entlässt der Wohlfahrtsstaat seine Kinder“ zunehmend aus sicher geglaubten Versorgungssystemen und fordert mehr Eigenverantwortung: bei der Arbeitssuche am Markt, insbesondere auch durch Gründung einer selbstständigen unternehmerischen Existenz, sowie bei der Gesunderhaltung und Krankenversicherung und bei der Vorsorge für das Alter. Die Überwälzung von Risiken auf die Haushalte stellt erhebliche Anforderungen an die Entscheidungsfähigkeit. Aber nicht viele sind gut gerüstet für die Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben. Die Bildung in diesen Bereichen der Lebensstüchtigkeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist herkömmlich defizitär und bleibt aktuell weit hinter den Erfordernissen zurück. Fehlende Kompetenzen in der Lebensgestaltung, in der Ernährung und Hygiene, im Umgang mit Geld und Kredit, im Nachfrageverhalten und in der wirtschaftlichen Haushaltsführung werden beklagt. Selbst dort, wo entsprechende Grundlagen gelegt werden konnten, nimmt die Halbwertszeit des Wissens und der Geltung mancher Verhaltensroutinen, zum Beispiel soziale Normen und Umgangsformen, ständig weiter ab.

Die Armutsrisiken sind gestiegen

(6) Mit den neuen Anforderungen an die Selbstorganisation können immer mehr Menschen nicht Schritt halten. Sie werden abgekoppelt von der wirtschaftlichen Entwicklung. Wie immer Armut gemessen wird: Die Zahlen legen nahe, nicht daran zu zweifeln, dass der Anteil der von Einkommensarmut Betroffenen in den zurückliegenden Jahren zugenommen hat. Und Analysen zeigen, dass wirtschaftliche Armut mit Bildungsarmut einhergeht. Wirtschaftliche Armut und Bildungsarmut schlagen häufig auf die sozialen Binnensysteme der Haushalte und Familien durch. Die Beschleunigung des Wandels auf den Arbeits-, Waren- und Geldmärkten und des Umbaus des Sozialstaats fördert, wenn die Fähigkeiten zur Anpassung an neue Gegebenheiten und zur Regulierung der Spannungen fehlen, Tendenzen der Destabilisierung und Auflösung privater Lebensformen. Die seit Jahren insgesamt steigenden Zahlen der Armutsrisikoquote und der von Risikofaktoren Betroffenen belegen einen Problemstau bei Haushalten und Familien im Marktverhalten, in der Haushaltsführung und in der Lebensgestaltung, aber auch in den stützenden Systemen der Infrastruktur, wie insbesondere in der Kindertagesbetreuung, um Familien hier zu entlasten und die Teilhabe im Erwerbsleben zu erleichtern.

(7) Der Anteil der Haushaltsmitglieder, die von Diskontinuitäten im Erwerbsleben und/oder in der Partnerschaft beziehungsweise Familie betroffen sind, hat ständig zugenommen. Die Zahlen des 2. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung zeigen Folgendes: Die

Armutsrisikoquote – gemessen an der 60%-Median-Einkommensgrenze – ist in Deutschland von 1998 bis 2003 von 12,1 auf 13,5 % gestiegen. Danach lebten 12,1 beziehungsweise 13,5 % der Bevölkerung in Haushalten mit weniger als 60 % des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens (äquivalenzgewichtetes Median-Nettoeinkommen). Der im 1. Armuts- und Reichtumsbericht festgestellte Trend des kontinuierlichen Anstiegs der Armutsrisikoquote seit 1983 hat sich damit fortgesetzt.

Die Zahl der überschuldeten Haushalte ist von 2,0 Millionen 1994 auf 3,13 Millionen 2002 gestiegen. Überschuldung ist ein eindeutiger Indikator für Einkommensarmut. Als Gründe für Überschuldung werden im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, wie auch in anderen Analysen weitgehend übereinstimmend, folgende Risikofaktoren genannt: Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen, überhöhter Konsum und unwirtschaftliche Haushaltsführung, Trennung beziehungsweise Scheidung, gescheiterte Existenzgründung sowie Krankheit, Unfall oder Tod eines Partners oder einer Partnerin.

Die Zahl der Empfänger und Empfängerinnen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ist zwischen 1992 und 2003 von 2,1 Millionen auf 3,1 Millionen gestiegen (einschließlich der Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz). Die Zahl der Arbeitslosen ist von 1992 bis 2004 von 2,98 auf 4,38 Millionen gestiegen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen hat von 1998 bis 2004 bei den Männern von 35,0 auf 36,7 % und bei den Frauen von 40,0 auf 40,5 % zugenommen. Die Zahl der jährlichen Ehescheidungen je 1000 Einwohner ist nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes zwischen 1980 und 2002 kontinuierlich von 1,8 auf 2,4 gestiegen. In den letzten Jahren kam rundgerechnet auf jeweils drei neu geschlossene Ehen eine Ehescheidung.

Armutsprävention ist ein Gebot der Vernunft und der Moral

(8) Wenn aber viele Menschen zunehmend weniger in der Lage sind, den Herausforderungen der Alltagsbewältigung erfolgreich zu begegnen, dann muss dies zu tiefgreifenden Verwerfungen der gesellschaftlichen Strukturen führen. Demokratisch verfasste Gesellschaften beruhen auf dem Konsens der Bürger und Bürgerinnen. Der Konsens erfordert soziale und wirtschaftliche Teilhabe und Chancen zur Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Werden wachsende Teile der Gesellschaft mit dem Risiko der Ausgrenzung konfrontiert, zerbricht der Konsens. Armutsrisiken reichen heute weit in die Mitte der Gesellschaft hinein, weil die Risiken zugenommen haben und die private Lebensorganisation vielfach riskanter gehandhabt wird. Der individuelle Wohlstand ist häufig prekär in dem Sinne, dass er auf eine ökonomische Entwicklung im Aufwärtstrend angewiesen ist. Auch und gerade jungen Menschen fehlt zunehmend das Vertrauen in eine gute persönliche Entwicklung, weil sie eine gesellschaftlich düstere Zukunftsperspektive wahrnehmen. Nicht

zuletzt drückt die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft auch die Geburtenzahl und trägt damit neben anderen Faktoren zu der demografischen Schieflage in Deutschland bei.

(9) Es ist nicht abwegig, die Stabilität der freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung insgesamt gefährdet zu sehen, wenn die Instabilität der tragenden Mikroeinheiten, zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut, Überschuldung und Perspektivlosigkeit, überhand nimmt. Zunehmende Skepsis gegenüber der sozialen Marktwirtschaft und dem freiheitlichen Rechtsstaat – und schlimmer noch: zunehmende Gewalt an Schulen, Fälle von Kindesvernachlässigung und rassistische Übergriffe auf Mitbürger und Mitbürgerinnen – sind als Frühwarnindikatoren zu deuten. Armutsprävention kann helfen, individuelle Stabilität zu gewinnen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

(10) Neben zweckrationalen Gesichtspunkten ist die Abwendung von Armutsrisiken und die Milderung von Armutslagen auch ein Gebot sozialer und ökologischer Vernunft, also moralisch geboten. Moderne, aufgeklärte Gesellschaften können es nicht hinnehmen, dass Menschen verarmen und Kinder ohne Perspektive groß werden. Und die Lösung globaler Armutsprobleme kann nicht gelingen, wenn dies in regionalen und nationalen Handlungsräumen misslingt.

Hauswirtschaftliche Bildung ist ein Schlüssel zur Armutsprävention und Wohlförderung

(11) Vor diesem Hintergrund scheint es zwingend, eine konsequent präventiv ausgerichtete Bildungsoffensive einzuleiten, die den Anforderungen der gegenwärtigen und zu erwartenden Bedingungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensgestaltung der Haushalte und Familien entspricht. Denn andere Möglichkeiten sind nicht realistisch: Weder können – erfolgreich – Arbeitsplätze in großem Umfang garantiert noch Geld ohne reale Deckung gedruckt und verteilt werden. Notwendig sind die nachhaltige Stärkung bewährter und die Vermittlung neuer beruflicher Kompetenzen für die arbeitsteilige wissensbasierte Produktion von Sach- und Dienstleistungen, für die Selbstorganisation im Haushalts- und Familienkontext, für den produktiven Umgang mit den humanen und materiellen Ressourcen und für ein lebenslanges Lernen. Hauswirtschaftliche Bildung ist – in ihrem Grundanliegen, ihrer Geschichte und ihren Hauptinhalten – auf Selbstorganisation der privaten Lebensführung, auf Armutsprävention und Wohlförderung ausgerichtet.

(12) Systematische Armutsprävention durch Bildung schließt die primäre, sekundäre und tertiäre Prävention ein. Primäre Armutsprävention durch Bildung beginnt bei der klassischen Eltern- und Familienbildung, der hauswirtschaftlichen Bildung und der Verbraucherbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Daneben sind eine haushalts- und familienbezogene

Bildung als Teil der schulischen Allgemeinbildung mit den Schwerpunkten Ernährung, Gesundheit und Zusammenleben sowie eine alltags- und lebensweltlich ausgerichtete wirtschaftliche Grundbildung in allen Schulformen und Schulstufen zu verankern. Damit werden Grundlagen gelegt und Anschlussfähigkeit für spätere Bildungs- und Beratungsangebote erreicht. Bisher fehlen Schulfächer oder Lernfelder, in denen durchgehend von der ersten bis zur letzten Klasse ein solches Wissen vermittelt wird. Es ist, wie Erfahrungen belegen, nicht nur für die persönliche Lebensgestaltung im Haushalts- und Familienkontext erforderlich, sondern unterstützt auch den Erwerb beruflicher Handlungskompetenz.

(13) Sekundäre und tertiäre Armutsprävention durch Bildung richtet sich an armutsgefährdete beziehungsweise armutsnahe und arme Haushalte und Familien. Bewährte Angebote sind insbesondere die innovativen Praxis- und Bildungsprojekte der Konzertierte Aktion zur Armutsprävention durch Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen im Rahmen des 1. Armutspräventionsprogramms der Bundesregierung, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Beginn der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages initiiert und von der dgh koordiniert wurde. Bis zum Ende der 14. Legislaturperiode im Herbst 2002 konnten an über 50 Standorten knapp 100 Kursreihen oder Kurse sowie Familienpflegeeinsätze durchgeführt werden. Beteiligt waren mehr als 15 Verbände der Hauswirtschaft und Wohlfahrtspflege auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie kommunale und andere Kooperationspartner. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird die Handlungsrelevanz des Haushaltsproduktionsansatzes und seine praktische Funktion im Hinblick auf Prävention und Intervention gewürdigt. In dem Bericht wird ausgeführt: „Armutsprävention kann wirksam durch eine Schulung solcher Kompetenzen geleistet werden; Interventionsbedarf ist insbesondere dort gegeben, wo geringe Ressourcen mit deren suboptimaler Ausnutzung kombiniert sind.“

(14) Die Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsprojekte der Konzertierte Aktion haben sich teilweise gut etablieren und weiterentwickeln können. Beispielhaft genannt seien die Projekte der örtlichen Verbände des Deutschen Hausfrauen-Bundes in Augsburg, Darmstadt und Leipzig. Nicht alle Modellprojekte haben die gewünschte Verbreitung gefunden. Hier sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst, aber auch die staatlichen Institutionen gefordert, die dafür erforderliche soziale Infrastruktur zu etablieren und zu festigen. Denn auch zivilgesellschaftliche Organisationen benötigen unterstützende Rahmenbedingungen, um Handlungsfähigkeit zu gewinnen oder aufrechterhalten zu können. Dringend notwendig wäre eine Neuauflage des Armutspräventionsprogramms, das darauf angelegt ist, dauerhafte

Strukturen für Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote zu schaffen. Auch das Bund-Länder-Programm „Die soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ wäre ein bestens geeigneter Rahmen für die Etablierung von Maßnahmen der Armuts-prävention durch Bildung und – mehr noch – durch Beratung, zugehende Hilfen und Unterstützung für Familien, zum Beispiel in Einrichtungen für Kindertagesbetreuung, Mädchensozialarbeit und Mutter-Kind-Kuren, insbesondere auch für Familien mit Migrationshintergrund.

Auch Angebote der Beratung und der zugehenden Hilfe in prekären Lebenssituationen und Lebenslagen sind unverzichtbare Bestandteile der sozialen Infrastruktur

(15) Zur sekundären und tertiären Armutsprävention gehören auch die Einrichtungen der Beratung und der zugehenden Hilfe für Menschen in besonderen Notlagen, vor allem die Einrichtungen der Familienberatung, der Schuldnerberatung und der Familienhilfe in freier Trägerschaft. Beispielhaft genannt sei HOT, das Haushalts-Organisations-Training des Deutschen Caritasverbandes. Die Beratungseinrichtungen sind zugleich Teile und tragende Systeme der Zivilgesellschaft. Sie ergänzen die Selbstorganisation der privaten Haushalte und die Angebote der sozialen Infrastruktur der öffentlichen Haushalte auf der kommunalen Ebene. Insbesondere die Familienberatung und die Schuldnerberatung sowie die zugehende Hilfe in der Familienpflege sind individuelle Leistungen für die Betroffenen und zugleich kollektive Güter für die Allgemeinheit, weil sie ein Leistungsversprechen für den Notfall darstellen und somit Sicherheit produzieren. Sie tragen also in zweifacher Weise zur gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion bei. Dies gilt auch in ähnlicher Weise für die grundsätzlich präventiv ausgerichtete herkömmliche Verbraucherberatung und die neu entwickelte Einkommens- und Budgetberatung, die erstmals in Rostock etabliert werden konnte.

Die dgh will auch in Zukunft einen sichtbaren Beitrag zur Armutsprävention leisten und weitere Akteure mobilisieren

(16) Die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft versteht sich selbst als zivilgesellschaftliche Akteurin. Entsprechend ihrem Motto „Arbeit zwischen Forschung und Praxis“ gibt sie inhaltliche Impulse und organisatorische Anregungen für die Mitgliedsverbände, aber auch für andere zivilgesellschaftliche Organisationen, für Unternehmen und für staatliche Akteure. Sie werden insbesondere von den Trägern der Beratung und der zugehenden Hilfe in Notlagen aufgegriffen. Beispielhaft genannt seien die Berufs- und Fachverbände sowie die Wohlfahrtsverbände, die im Beirat „Bundesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft“ (BAG-HW) in der dgh ihre Plattform gefunden haben. Wichtig sind die Verbraucherverbände und Verbraucherzentralen sowie der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), mit denen die

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft über ihre Mitgliedschaft im vzbv kooperiert. Weitere Bündnispartner/innen sind die Arbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung (BAG SB) sowie das bundesweite Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz.

(17) Inhaltlich knüpfen die Aktivitäten der dgh zur Armutsprävention auch weiterhin an die im Rahmen des Armutspräventionsprogramms des Bundesfamilienministeriums entwickelten Modelle und die gewonnenen Erfahrungen an. Sie haben sich sowohl beschreibend, insbesondere in der Sozialberichterstattung des Bundes, in den Materialien der dgh zur Armutsprävention und dem Memorandum der dgh zur hauswirtschaftlichen Bildung sowie den dgh-Leitsätzen zur finanzwirtschaftlichen Bildung, niedergeschlagen als auch praktisch in konkreten Projekten der Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene fortgesetzt. Beispielhaft genannt sei der Zertifikatskurs „Neue Hauswirtschaft“ des vzbv für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der hauswirtschaftlichen und familienbezogenen Bildung. Nicht zuletzt sind die Jahrestagungen der dgh 2002 „Armutsprävention – Aufgabe und Ergebnis aktivierender Gesellschaftspolitik“ und nun 2007 „Armut und Armutsprävention in der Zivilgesellschaft“ ein Beleg für das nachhaltige Engagement der dgh in diesem Aufgabenfeld.

(18) Die dgh bietet ihr wissenschaftliches und praktisches Know-how allen Akteuren der Armutsprävention an. Sie möchte eine Verantwortungspartnerschaft etablieren und fordert von den Akteuren der Zivilgesellschaft und den Trägern der staatlichen Politik im Bund, in den Ländern und in den Kommunen, den Auf- und Ausbau der sächlichen und personellen Infrastruktur für eine Konzertierte Aktion der Armutsprävention zu unterstützen.

Entwurfsfassung und Überarbeitung von Michael-Burkhard Piorkowsky

Bonn, September/November 2007

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V.

Postfach 21 51

49132 Wallenhorst